

***D i e n s t a n w e i s u n g***  
***über Stundung, Niederschlagung, Erlass von Forderungen***  
***des Abwasserzweckverbandes „Espenhain“***  
***(DA Stundung)***

***in der Fassung vom 14. Mai 2014***

---

## **1. Anwendungsbereich**

Diese Dienstanweisung ersetzt die einschlägige Dienstanweisung des AZV „Espenhain“ vom 30. Juli 2008. Sie gilt für alle öffentlich-rechtlichen (Geldforderungen) des Abwasserzweckverbandes „Espenhain“, soweit ihnen nicht spezielle Rechtsvorschriften gegenüberstehen.

Privatrechtliche Forderungen des Verbandes sind nicht Gegenstand dieser Dienstanweisung. Hierfür gelten die zuvor vertraglich getroffenen Regelungen, im Übrigen die gesetzlichen Bestimmungen.

## **2. Stundung**

### **2.1 Begriff**

Stundung ist die Gewährung eines Zahlungs- oder Leistungsaufschubes. Durch die Stundung wird die Zahlungsfälligkeit der Forderung hinausgeschoben.

### **2.2 Voraussetzungen**

2.2.1 Forderungen des AZV „Espenhain“ dürfen ganz oder teilweise nur dann gestundet werden, wenn

- ihre Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und
- die Forderung durch die Stundung nicht gefährdet erscheint.

Eine erhebliche Härte für den Schuldner liegt insbesondere vor, wenn er sich vorübergehend in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten befindet oder wenn die sofortige Zahlungsverpflichtung den Steuerschuldner seiner wirtschaftlichen Existenz berauben würde.

Der Schuldner hat diese durch Vorlage geeigneter Belege (z.B. zeitnahe Vermögensübersicht einschl. Forderungen und Verbindlichkeiten) nachzuweisen.

2.2.2 Eine Stundung ist zu versagen, wenn eine offensichtliche Zahlungsunwilligkeit des Schuldners vorliegt.

2.2.3 Die Erfüllung des Anspruchs darf durch die Stundung nicht gefährdet werden.

Eine Gefährdung der Forderung ist anzunehmen, wenn die konkrete Möglichkeit besteht, dass der Schuldner sich der Verpflichtung zur Leistung entziehen will, oder wenn Umstände vorliegen, die auf eine wesentliche Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse schließen lassen.

## 2.3 Verfahren

2.3.1 Stundung soll in der Regel nur auf schriftlichen Antrag gemäß Anlage 1 dieser DA gewährt werden. Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Schuldners sind zu prüfen.

2.3.2 Soweit es im Einzelfall erforderlich ist, muss die Stundung von einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden.

Eine Sicherheitsleistung nach den §§ 241 – 248 AO ist zu fordern, wenn zweifelhaft ist, ob der Schuldner bei Fälligkeit seiner Zahlungsverpflichtung nachkommen kann.

Für die Sicherheitsleistung kommen insbesondere in Betracht:

- Hinterlegung von Wertpapieren
- Verpfändung von beweglichen Sachen, Forderungen und Grundschulden
- Bestellung von Grundpfandrechten
- Bürgschaft
- Abtretung von Forderungen
- Sicherheitsübereignung
- Eigentumsvorbehalt.

Bei der Art der Sicherheitsleistung ist auf die Höhe der Forderung und die Dauer des Stundungszeitraumes Rücksicht zu nehmen.

Leistet der Schuldner eine angemessene Sicherheit, kann regelmäßig davon ausgegangen werden, dass eine Gefährdung des Anspruchs nicht mehr gegeben ist.

2.3.3 Beim Eingang eines Stundungsantrages ist vom zuständigen Sachbearbeiter in Zusammenarbeit mit der Verbandskasse zur Vorbereitung seiner Sachverhaltsentscheidung gegenüber dem Geschäftsführer zu prüfen, ob

- weitere Rückstände des Schuldners vorhanden sind,
- wegen der Zahlungsmoral des Schuldners Bedenken bestehen,
- die Beitreibungsmaßnahmen eingeleitet sind.

Sind Beitreibungsmaßnahmen eingeleitet, ist im Benehmen mit der Verbandskasse und dem Geschäftsführer zu entscheiden, ob

- Stundung oder
- Vollstreckungsschutz gewährt wird, oder
- die Beitreibungsmaßnahmen fortzusetzen sind.

2.3.4 Die Dauer der Stundung richtet sich nach den Verhältnissen des Einzelfalls. Die Stundung soll möglichst kurz bemessen sein.

Bei öffentlichen Lasten sind die Vorrechtsfristen nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 ZVG zu beachten.

2.3.5 Öffentlich-rechtliche Forderungen werden durch Verwaltungsakt (Stundungsbescheid) gestundet. Privatrechtliche Forderungen werden durch vertragliche Vereinbarungen gestundet.

2.3.6 Die Stundungen werden dem Schuldner schriftlich unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs mitgeteilt.

Das Widerrufsrecht ist auszuüben, wenn die Stundung unter falschen Voraussetzungen erfolgt ist, sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners, die zu einer Stundung führten, gebessert haben oder Aufrechnungsmöglichkeiten gegen Ansprüche des Schuldners entstehen.

Bei Stundung mit Ratenzahlungen ist in der Widerrufsklausel vorzusehen, dass der Gesamtbetrag fällig wird, wenn einer der Teilbeträge (Raten) nicht pünktlich gezahlt wird.

2.3.7 Die Stundung ist durch einen rechtsmittelfähigen Bescheid gewährt oder versagt. Mehrere sachlich zusammengehörige Vorgänge können dabei in einem Bescheid zusammengefasst werden.

2.3.8 Über die gewährte Stundung erhält die Verbandskasse eine Mitteilung. In eiligen Fällen ist die Verbandskasse vorab zu informieren.

## 2.4 Stundungszinsen

2.4.1 Gestundete Beträge sind gem. § 234 Abs. 1 AO angemessen zu verzinsen. Die Berechnung der Stundungszinsen für öffentlich-rechtliche Abgaben richtet sich nach § 238 Abgabenordnung (AO).

2.4.2 Stundungszinsen werden nur dann festgesetzt, wenn sie mindestens 10 € betragen (§ 239 Abs. 2 AO).

Auf Stundungszinsen kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn ihre Erhebung nach Lage des einzelnen Falls unbillig wäre (§ 234 Abs. 2 AO).

2.4.3 Voraussetzung für die Gewährung einer zinslosen Stundung ist, dass

- a) die Einziehung der Forderung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint und
- b) die Erhebung der Zinsen nach Lage des Falles unbillig wäre.

2.4.3.1 Die Voraussetzungen zu Nrn. 2.4.3 a) und 2.4.3. b) gelten als erfüllt, wenn verwertbares Vermögen nicht vorhanden oder seine Verwertung unzumutbar ist und das monatliche Familieneinkommen folgende Beträge nicht übersteigt:

-	Einpersonenhaushalt:	665,00 €
-	Mehrpersonenhaushalt:	
a)	Haushaltsvorstand:	512,00 €
b)	Ehepartner:	410,00 €
c)	Kinder (bis 18 Jahre)	
I)	bei einem Kind:	307,00 €
II)	bei einem Kind und einem alleinerziehenden Elternteil:	358,00 €
III)	bei zwei Kindern je Kind:	205,00 €
IV)	bei zwei Kindern und allein- erziehendem Elternteil je Kind:	256,00 €
V)	jedes weitere Kind:	179,00 €
d)	weitere im Haushalt lebende Personen (auch Kinder über 18 Jahre)	410,00 €



Die regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Einkommensgrenzen des monatlichen Familieneinkommens ist Aufgabe des Geschäftsführers. Dies ist insbesondere immer dann der Fall, wenn die Regelleistungssätze nach SGB II und SGB XII vom Gesetzgeber eine Änderung erfahren.

2.4.3.2 Die Beträge nach Nr. 2.4.3.1 sind um diejenige monatliche Belastung zu erhöhen, die der Schuldner zur Rückzahlung eines Kredites zu tragen hat, wenn der Kredit vor Entstehen der Beitragspflicht aufgenommen worden ist und zur Begleichung einer unabwendbaren Forderung dient. Hierzu zählen insbesondere Privatkredite des Schuldners, die dazu dienen,

- a) das abgabepflichtige Grundstück einer notwendigen Instandsetzungsreparatur oder Renovierung zu unterziehen;
- b) Monatseinkommen zu erzielen oder
- c) gerichtlich festgesetzte oder gesetzliche Unterhaltsansprüche abzugelten;

2.4.3.3 Die zinslose Stundung wird höchstens für die Dauer eines Jahres gewährt. Sie kann – unter Beachtung der Nrn. 2.4.1 und 2.4.2 dieser Richtlinie – für einen längeren Zeitraum gewährt werden, wenn ein verbindlicher Tilgungsplan aufgestellt und vereinbart wurde.

2.4.3.4 Bei Stundungen, die über einen längeren Zeitraum als ein Jahr eingeräumt worden sind, ist das Vorliegen der Voraussetzungen für eine weitere zinsfreie Stundung jeweils vor Ablauf der Jahresfrist nachzuweisen. Wird der Nachweis nicht rechtzeitig erbracht, ist die Restforderung vom Tage nach dem Ablauf der Frist mit dem Zinssatz nach § 238 AO zu verzinsen.

2.4.3.5 Die zinslose Stundung erlischt mit dem Eintritt der nachstehenden Tatsachen oder der Wirksamkeit folgender Verfügungen:

- a) bei Wechsel des Eigentums am Grundstück (Veräußerung, Erbfall, Schenkung usw.),
- b) bei einer Belastung des Grundstücks durch Grundpfandrechte, die Einräumung eines Erbbau- oder eines Nießbrauchs sowie der Eintragung einer Auflassungsvormerkung im Grundbuch,
- c) bei einer Nutzungsänderung des Grundstücks oder wenn der Schuldner das Grundstück nicht mehr selbst nutzt,
- d) bei Eröffnung eines Zwangsvollstreckungsverfahrens in das haftende Grundstück oder
- e) bei Zahlungsverzug der vereinbarten Tilgungsraten.

2.4.3.6 Die zinslose Stundung kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn

- a) sich das monatliche Familieneinkommen während des Jahres um mehr als 15 v. H. erhöht hat oder
- b) andere wesentliche Veränderungen in den Voraussetzungen, die zur Einräumung der zinslosen Stundung geführt haben, eingetreten sind.

2.4.3.7 Die Zinsvergünstigung kann mit Wirkung für die Vergangenheit widerrufen werden, wenn

- a) unzutreffende Angaben zur Einräumung der Zinsvergünstigung geführt haben oder
- b) Veränderungen in den maßgeblichen Verhältnissen nicht oder nicht rechtzeitig angezeigt worden sind.

2.4.3.8 Für das Verfahren zur Gewährung einer zinslosen Stundung sind die allgemeinen Verfahrensvorschriften nach Nrn. 2.3 ff dieser DA anzuwenden.

## **2.5 Zuständigkeiten**

Zur Stundung von Forderungen des AZV „Espenhain“ sind ermächtigt:

- bei Beträgen bis 10.000,00 € der Geschäftsführer (Beschluss Nr. 34/9/2003 vom 30.10.2003)
- darüber hinaus gehende Forderungen bedürfen der Zustimmung der Verbandsversammlung.

## **3. Niederschlagung**

### **3.1 Begriff**

Niederschlagung ist eine verwaltungsinterne Maßnahme, durch die eine befristete oder unbefristete Zurückstellung der Weiterverfolgung eines fälligen Anspruchs des AZV „Espenhain“ erfolgt, ohne Verzicht auf den Anspruch selbst.

Begründet dadurch, dass durch die Niederschlagung der Anspruch nicht erlischt und der Fälligkeitstermin der Forderung unverändert bleibt, wird die weitere Rechtsverfolgung grundsätzlich nicht ausgeschlossen.

Die Niederschlagung bedarf als verwaltungsinterne Maßnahme keines Antrages. Sie wird dem Schuldner nicht mitgeteilt.

### **3.2 Voraussetzungen**

Forderungen des AZV „Espenhain“ dürfen befristet niedergeschlagen werden, wenn ihre Einziehung wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners vorübergehend keinen Erfolg haben wird.

Eine unbefristete Niederschlagung kommt nur in Betracht, wenn feststeht, dass die Einziehung wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners oder aus anderen Gründen dauernd ohne Erfolg bleiben wird, oder wenn die Kosten der Einziehung außer Verhältnis der Forderung stehen.

### **3.3 Verfahren**

Die Niederschlagung setzt eine eingehende Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners voraus. Es ist insbesondere zu prüfen, ob gegen einen gegenwärtigen oder künftigen Anspruch des Schuldners aufgerechnet werden kann. Die Gründe für eine Niederschlagung müssen nachvollziehbar sein und dürfen sich nicht auf Vermutungen stützen.

3.3.1 Die Nichteinziehbarkeit einer Forderung ist durch die Niederschrift über den fruchtlosen Pfändungsversuch und darüber hinaus ggf. durch die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung nachzuweisen.

3.3.2 Über die niedergeschlagenen Beträge ist der Verbandskasse eine Abgangsanordnung zu erteilen. Aus der Abgangsanordnung muss hervorgehen, ob die Beträge befristet oder unbefristet niedergeschlagen werden.

Zum Soll stehende Nebenkosten sind ebenfalls in Abgang zu stellen.



Die Berechnung der Nebenkosten endet mit der Niederschlagung.

Bei der späteren Einziehung eines niedergeschlagenen Betrages (Sollstellung) sind bei öffentlich-rechtlichen Forderungen Säumniszuschläge nach § 240 AO, bei privatrechtlichen Forderungen Zinsen zu erheben, wenn die Voraussetzungen dazu vorliegen (vertragliche Vereinbarung, Verzugszinsen, Prozesszinsen).

3.3.3 Die befristeten niedergeschlagenen Beträge sind von der Verbandskasse in einer besonderen Niederschlagungsliste festzuhalten und dort weiter zu verfolgen.

3.3.4 Die Niederschlagungsliste hat folgenden Mindestinhalt:

- Zeitpunkt der Entstehung der Forderung
- Zeitpunkt der Niederschlagung
- Buchungszeichen
- Name und ggf. Anschrift des Schuldners
- Art und Höhe der Forderungen (einschl. Nebenforderungen)
- Verjährungstermin
- Wiedervorlagetermin
- Bearbeitungsvermerke

3.3.5 Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners sind mindestens einmal jährlich nachzuprüfen, die entsprechenden Bearbeitungsvermerke sind in die Niederschlagungsliste einzutragen.

Es ist besonders darauf zu achten, dass die zur Unterbrechung einer drohenden Verjährung notwendigen Maßnahmen rechtzeitig durchgeführt werden.

Für öffentlich-rechtliche Forderungen gelten die im § 231 AO genannten Unterbrechungshandlungen. Bei privatrechtlichen Forderungen gelten die §§ 208 ff. BGB, hier ist zu beachten, dass eine schriftliche Mahnung keine Unterbrechung der Verjährung bewirkt.

3.3.6 Auch bei einer unbefristet niedergeschlagenen Forderung ist eine erneute Einziehung zu versuchen, falls sich Anhaltspunkte für einen Erfolg ergeben.

Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen dürfen nach Eintritt der Zahlungsverjährung nicht mehr eingezogen werden.

3.3.7 Zeigt sich, dass die Einziehung einer befristet niedergeschlagenen Forderung dauernd ohne Erfolg bleibt, so ist sie unbefristet niederzuschlagen und in einer gesonderten Niederschlagsliste zu erfassen.

### **3.4 Zuständigkeiten**

Zur befristeten und unbefristeten Niederschlagung sind ermächtigt:

- bei Beträgen bis 5.000,00 € der Geschäftsführer
- in übrigen Fällen die Verbandsversammlung.

## **4. Erlass**

### **4.1 Begriff**

Erlass ist der gänzliche oder teilweise Verzicht auf einen festgesetzten Anspruch des AZV „Espenhain“. Die Forderung erlischt hierdurch endgültig, bei teilweisem Erlass in Höhe des Betrages, um den die Forderung herabgesetzt wird.

Der Verzicht auf die Geltendmachung eines Anspruches kommt einem Erlass gleich.

### **4.2 Voraussetzungen**

Ansprüche dürfen ganz oder zum Teil erlassen werden, wenn die Einziehung der Forderung nach Lage des einzelnen Falles für den Schuldner dauernd eine besondere Härte bedeuten würde und damit unbillig wäre.

Das ist vor allem anzunehmen, wenn sich der Schuldner in einer unverschuldeten wirtschaftlichen Notlage befindet und zu befürchten ist, dass die Weiterverfolgung des Anspruchs zu einer Existenzgefährdung führen würde.

### **4.3 Verfahren**

4.3.1 Erlass wird in der Regel nur auf Antrag gewährt. Der zuständige Fachbereich hat zu prüfen, ob die Voraussetzungen für einen Erlass vorliegen, soweit nicht für Mahn- und Vollstreckungsgebühren und für Nebenforderungen die Verbandskasse zuständig ist.

4.3.2 Öffentlich-rechtliche Forderungen werden durch Verwaltungsakt, privatrechtliche Forderungen durch Vertrag zwischen Gläubiger und Schuldner erlassen.

4.3.3 Über die erlassenen Beträge ist der Verbandskasse eine Abgangsanordnung zu erteilen und in einer Erlassliste zu erfassen.

### **4.4 Zuständigkeiten**

Zum Erlass von Forderungen sind ermächtigt:

- bei Beträgen bis 5.000,00 € der Geschäftsführer
- in übrigen Fällen die Verbandsversammlung.

## **5. Insolvenzforderungen**

### **5.1 Verfahren**

Für alle Maßnahmen im Zusammenhang mit Verfahren aus der Insolvenzordnung (Regelinsolvenz, Verbraucherinsolvenz) ist die Verbandskasse zuständig.

Schreiben und Beschlüsse über Insolvenzangelegenheiten sind unmittelbar nach Posteingang an den „Sachbearbeiter Mahnwesen/Vollstreckung“ weiterzuleiten.

Von dort aus erfolgt die Koordination und Bearbeitung des Vorgangs.

## 6. Inkrafttreten

Diese Dienstanweisung tritt am Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Borna,

21.05.2014  


Hagenow  
Verbandsvorsitzender

**Anlage 1: Antrag auf Stundung und Ratenzahlung**